



Niederschrift

**über den öffentlichen Teil der 5. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages
am 20.09.2012
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal**

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzender Abg. Friedhelm Helberg
Landrat Hermann Luttmann
Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Willi Bargfrede
Abg. Renate Bassen
Abg. Angela van Beek
Abg. Wilfried Behrens
Abg. Jürgen Borngräber
Abg. Ralf Borngräber
Abg. Doris Brandt
Abg. Hedda Braunsburger
Abg. Kurt Buck
Abg. Heinz-Friedrich Carstens
Abg. Lothar Cordts
Abg. Dr. Manfred Damberg
Abg. Manfred Dammann
Abg. Dirk Detjen
Abg. Angelika Dorsch
Abg. Hans-Heinrich Ehlen
Abg. Hans-Hermann Engelken
Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde
Abg. Henning Fricke
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Heinz-Dieter Gebers
Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley
Abg. Ute Gudella-de Graaf
Abg. Wolfgang Harling
Abg. Gerhard Holsten
Abg. Dr. Heinz-Hermann Holsten
Abg. Dr. Gabriele Hornhardt
Abg. Jürgen Husemann
Abg. Marianne Knabbe
Abg. Hans-Jürgen Krahn
Abg. Volker Kullik
Abg. Thomas Lauber

Abg. Ingolf Lienau
Abg. Reinhard Lindenberg
Abg. Rolf Lüdemann
Abg. Klaus Mangels
Abg. Gerhard Oetjen
Abg. Jan-Christoph Oetjen
Abg. Angelus Pape
Abg. Bernd Petersen
Abg. Helmut Ringe
Abg. Bernd Sievert
Abg. Ulrich Thiart
Abg. Thea Tomforde
Abg. Reinhard Trau
Abg. Elke Twesten
Abg. Heinrich Willenbrock
Abg. Christian Winsemann
Abg. Bernd Wölbern

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühring
KR Sven Höhl
KVD´in Heike von Ostrowski
KVD Markus Pragal
Frau Marianne Schmidt
KOAR´in Heike Jeß
VA Monika Trau
VA Jochen Twiefel

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Reinhard Bussenius
Abg. Hans-Joachim Jaap
Abg. Hartmut Leefers

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung des Kreistages am 05.07.2012
- 4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 6 Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde gemäß § 23 Abs. 3 des Nieders. Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2011
Vorlage: 2011-16/0258

- 7 Anstaltsbeirat für die Justizvollzugsanstalt (JVA) Bremervörde; hier: Aufstellung der Vorschlagsliste
Vorlage: 2011-16/0236
- 8 Bewilligung einer außerplanmäßigen Auszahlung
hier: Zuweisung zu den Kosten des Umbaus in der Grundschule Klenkendorfer Mühle
Vorlage: 2011-16/0254
- 9 Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 11.06.2012: Zusätzliche Mitglieder mit beratender Stimme aus der Landjugend und den Umweltverbänden im Ausschuss für den Dorfwettbewerb
Vorlage: 2011-16/0250
- 10 Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 04.09.2012 zum Bau der Küstenautobahn A 20
Vorlage: 2011-16/0270
- 11 Antrag des Abg. Dr. Damberg vom 08.09.2012: "Kreistags-Resolution über den weiteren Umgang mit den Fracking-Verfahren im Landkreis Rotenburg (Wümme)"
Vorlage: 2011-16/0274
- 12 Personelle Umbesetzung des Kreisausschusses
Vorlage: 2011-16/0273
- 13 Anfragen
- 14 Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Kreistagsvorsitzender Helberg eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr und stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist.
Die Abgeordneten Bussenius, Jaap und Leefers fehlen entschuldigt.

Kreistagsvorsitzender Helberg begrüßt die Zuhörer, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Landrat Luttmann führt aus, den Abgeordneten sei mit Schreiben vom 10.09.2012 der Eilantrag des Abg. Dr. Damberg vom 08.09.2012 „zur Verabschiedung einer Kreistags-Resolution über den weiteren Umgang mit den Fracking-Verfahren im Landkreis Rotenburg (Wümme)“ zugesandt worden. Entsprechend § 6 Abs. 2 der Geschäftsordnung sei die Tagesordnung der heutigen Sitzung um diesen Punkt zu erweitern. Er schlage vor, dies als neuen Punkt 11 der Tagesordnung zu behandeln. Mit gleichem Schreiben sei den Abgeordneten die Beschlussvorlage Nr. 2011-16/0273 „Personelle Umbesetzung des Kreisausschusses“ übersandt worden, die als neuer Punkt 12 der Tagesordnung behandelt werden solle. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte würden sich entsprechend verschieben.

Hierzu besteht im Kreistag Einvernehmen.

Anschließend wird die Tagesordnung einstimmig in der vorstehenden neuen Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung des Kreistages am 05.07.2012**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 4. Sitzung des Kreistages am 05.07.2012 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

Landrat Luttmann verweist auf die an die Abgeordneten verteilte Tischvorlage und berichtet wie folgt:

Seit der letzten Kreistagssitzung am 05.07.2012 sei der Kreisausschuss am 12.07. und 06.09.2012 zu Sitzungen zusammengetreten. Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im Wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen worden. Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

1. Die Verkehrswacht Rotenburg (Wümme) e. V. habe für den präventiven Einsatz in der Verkehrssicherheitsarbeit für die Anschaffung eines Geschwindigkeitsmessgerätes mit Display und eines Verkehrszählgerätes einen Zuschuss beantragt. Für diese Verkehrssicherheitsmaßnahme werde ein Betrag in Höhe von 1.750 € gewährt.
2. Der bestehende Dienstleistungsvertrag Altpapier sei fristgerecht zum 31.12.2012 gekündigt worden. Für den nachfolgenden Zeitraum seien die Leistungen ausgeschrieben worden. Die Entsorgungsdienstleistung Altpapiersammlung und –verwertung werde an das Unternehmen Remondis GmbH & Co. KG, Region Nord, Kiel, vergeben.
3. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) habe 2-Jahresstromlieferverträge für 2013 und 2014 zur Belieferung mit elektrischer Energie europaweit im offenen Verfahren ausgeschrieben. Es sei eine Bündelausschreibung unter Beteiligung von 12 Verwaltungseinheiten, der Natur- und Erlebnispark GmbH Bremervörde und der AusstellungsGmbH Tarmstedt für ca. 1.900 Abnahmestellen mit einem Jahresstrombedarf von ca. 19 GWh (Gigawatt pro Stunde) durchgeführt worden. Die Ausschreibung sei in 2 Losen erfolgt. Dem preisgünstigsten Anbieter, der Firma EWE AG, werde der Auftrag für beide Lose erteilt. Im Los 2 habe Ökostrom den Zuschlag erhalten, der 5,18 % teurer sei als Normalstrom.

Auf eine Nachfrage des **Abg. H.-G. Bargfrede** erläutert **Kreisrat Höhl**, die Mehrkosten für Ökostrom gegenüber Normalstrom würden sich auf 40.000,00 Euro belaufen. Davon würden allein rund 10.000 Euro jährlich auf den Landkreis entfallen.

Abg. H.-G. Bargfrede fragt nach der Herkunft des Ökostroms. Da es sich nicht um bereits nach dem EEG geförderten Strom handeln dürfe, werde dieser vermutlich aus dem Ausland stammen. **Kreisrat Höhl** bestätigt diese Einschätzung. Der Strom werde aus Wasserkraftwerken in Norwegen bezogen.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

Die Firma ExxonMobil habe für die Bohrstelle Bötersen Z11 beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) einen Antrag auf Genehmigung eines Fracs gestellt. Das LBEG habe dazu umfangreiche Nachforderungen gestellt, insbesondere zur hydrogeologischen Situation. Mit den nachgeforderten Unterlagen werde beim LBEG nicht vor Ende Oktober gerechnet. Vorausgesetzt es sei dann alles vollständig, müsse zunächst die LBEG-interne Prüfung der Unterlagen durchgeführt werden. Insbesondere die hydrogeologische Abteilung müsse eine Stellungnahme abgeben. Der Landkreis werde erst dann beteiligt, wenn diese hydrogeologische Bewertung vorliege, voraussichtlich nicht vor Ende November 2012. Im Umweltausschuss am 14.11.2012 werde dann berichtet. Eine angekündigte Bürgerinformation werde später als zunächst geplant stattfinden.

Landrat Luttmann und die **Abg. H.-G. Bargfrede, R. Borngräber, Husemann** und **G. Oetjen** verlassen den Sitzungsraum.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde gemäß § 23 Abs. 3 des Nieders. Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2011**
Vorlage: 2011-16/0258

Beschluss:

Dem Verwaltungsrat der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde wird gemäß § 23 Abs. 3 des Niedersächsischen Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2011 die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	46
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Landrat Luttmann und die **Abg. H.-G. Bargfrede, R. Borngräber, Husemann** und **G. Oetjen** nehmen wieder an der Sitzung teil.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Anstaltsbeirat für die Justizvollzugsanstalt (JVA) Bremervörde;
hier: Aufstellung der Vorschlagsliste
Vorlage: 2011-16/0236**

Kreistagsvorsitzender Helberg erläutert, das Vorschlagsrecht für den Anstaltsbeirat der JVA Bremervörde stehe dem Kreistag zu. Von den Kreistagsfraktionen seien hierfür geeignete Personen benannt worden.

Abg. Wölbern führt aus, der Bürgermeister der Stadt Bremervörde habe ihm gegenüber seine Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht, dass der Stadt kein Vorschlagsrecht zustehe. Er schlage deshalb vor, der Stadt Bremervörde die Möglichkeit einzuräumen, bis zu zwei weitere Personen für die Vorschlagsliste zu benennen.

Abg. H.-G. Bargfrede erklärt sich hiermit einverstanden, weist aber darauf hin, dass seine Fraktion mit dem Abg. Gajdzik sowie Herrn Brünjes bereits zwei Personen aus dem Bremervörder Raum vorgeschlagen habe.

Abg. Gajdzik merkt an, die Stadt Bremervörde sei mit rund einer Million Euro an dem Projekt beteiligt, weshalb deren Anliegen begründet sei.

Landrat Luttmann weist auf ein Schreiben der Gleichstellungsbeauftragten Frau Schmidt vom 18.09.2012 hin, in dem sie auf die nach dem Nds. Gleichberechtigungsgesetz geforderte paritätische Besetzung des Anstaltsbeirates hinweise.

Kreistagsvorsitzender Helberg schlägt vor, die Beschlussempfehlung des Kreisausschusses um den Zusatz „ferner zwei noch von der Stadt Bremervörde vorzuschlagende Personen, die nach Möglichkeit paritätisch besetzt sein sollen“ zu ergänzen.

Hierzu besteht Einvernehmen.

Beschluss:

In die Vorschlagsliste für den Anstaltsbeirat der Justizvollzugsanstalt Bremervörde werden aufgenommen:

Name, Vorname, Anschrift

1. Ringe, Helmut, 27432 Oerel, Eichenstraße 4,
2. Petersen, Bernd, 27419 Kalbe, Kulturstraße 5,
3. Gajdzik, Erich, 27432 Bremervörde-Elm, Eddelhoff 31,
4. Brünjes, Reinhard, 27432 Bremervörde-Hönau-Lindorf, Lindauer Straße 124,
5. Schwennecke, Birgit, 27432 Bremervörde-Mehedorf, An der Mehe 16,

ferner zwei noch von der Stadt Bremervörde vorzuschlagende Personen, die nach Möglichkeit paritätisch besetzt sein sollen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 8 der Tagesordnung: **Bewilligung einer außerplanmäßigen Auszahlung hier: Zuweisung zu den Kosten des Umbaus in der Grundschule Klenkendorfer Mühle**
Vorlage: 2011-16/0254

Kreistagsvorsitzender Helberg erläutert zum Sachverhalt, dass nach dem Umbau in der Grundschule Klenkendorfer Mühle dort eine Klasse des Schulzweiges „Geistige Entwicklung“ der Schule am Mahlersberg beschult werden könne.

Beschluss:

Der außerplanmäßigen Auszahlung einer Zuweisung zu den Investitionskosten für den Umbau der Grundschule Klenkendorfer Mühle in Höhe von 27.500 € im Teilhaushalt 3 (Bildung, Kultur und Sport), Produkt 22.1.01 (Förderschule Bremervörde) unter Zeile 29 (Aktivierbare Zuwendungen) an die Gemeinde Gnarrenburg wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Minderauszahlungen bei den unter Zeile 26 veranschlagten Baumaßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 11.06.2012: Zusätzliche Mitglieder mit beratender Stimme aus der Landjugend und den Umweltverbänden im Ausschuss für den Dorfwettbewerb**
Vorlage: 2011-16/0250

Kreistagsvorsitzender Helberg erläutert, zu dem Antrag der CDU/FDP-Gruppe bedürfe es noch einer Klarstellung hinsichtlich der Teilnahme von Vertreterinnen der Kreislandfrauenverbände. In der konstituierenden Sitzung habe der Kreistag beschlossen, dass je 1 Vertreterin der Landfrauenverbände im Landkreis mit beratender Stimme an den Ausschusssitzungen und –bereisungen teilnehmen sollte, der vorliegende Antrag sehe noch die Teilnahme einer Vertreterin vor. Der Beschluss solle insoweit konkretisiert werden.

Abg. Bassen trägt den Antrag der CDU/FDP-Gruppe vor. Danach solle für den Kreiswettbewerb ein Mitglied aus der Kreislandjugend und ein Mitglied aus den Umweltverbänden aufgenommen werden. Damit wären im Ausschuss eingebunden Kreistagsmitglieder, eine Kreislandfrau, eine Person von der Kreislandjugend, eine Person von den Umweltverbänden sowie der Geschäftsführer des TouROW. Der Kreiswettbewerb habe nicht nur einen neuen Namen erhalten, sondern auch die Richtlinien hätten sich verändert. Inhalt des Wettbewerbs sei unter anderem das Dorf in der Landschaft und Umweltaspekte würden eine große Rolle spielen. Deswegen solle ein Vertreter der Umweltverbände eingebunden werden. Auch die Dorfkultur, das Generationen übergreifende Erhalten eines zukunftsfähigen Dorfes sowie die gemeinsame Arbeit von Jung und Alt an Entwicklungskonzepten gehöre zu einem guten Dorfleben dazu. Deswegen sei auch eine Beteiligung der Landjugend wichtig. Die Dörfer aus dem Landkreis hätten in den zurückliegenden Wettbewerben zahlreiche Sieger auf Landes- und Bezirksebene gestellt. Am aktuellen Wettbewerb sollten neben dem Geschäftsführer des TouROW auch Frau Geestmann als Vertreterin der Landfrauen, Frau Pils als Vertreterin der Umweltverbände sowie Frau Hüttmann und Herr Lebiedz als Vertreter der Kreislandjugend teilnehmen. Die Vertreter der Kreislandjugend würden im aktuellen Wettbewerb zu zweit an den Sitzungen und Bereisungen teilnehmen, aber nur eine Stimme abgeben.

Kreistagsvorsitzender Helberg trägt anschließend die entsprechend konkretisierte Beschlussempfehlung des Kreisausschusses vor und stellt diese zur Abstimmung.

Beschluss:

An den Sitzungen und Bereisungen des Ausschusses für den Dorfwettbewerb im Rahmen des Kreiswettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ nehmen eine Vertreterin der Landfrauen-Kreisverbände, der Geschäftsführer des TouROW und ein Mitglied aus der Kreislandjugend sowie ein Mitglied aus den Umweltverbänden mit beratender Stimme teil.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 04.09.2012 zum Bau der Küstenautobahn A 20**
Vorlage: 2011-16/0270

Abg. H.-G. Bargfrede führt zur Begründung des Antrages der CDU/FDP-Gruppe aus, die Küstenautobahn A 20 sei für den Landkreis Rotenburg (Wümme) unverzichtbar. Mit dem beantragten Beschluss sollten die zuständigen Ministerien und Behörden aufgefordert werden, die Autobahn nach langer Planung endlich zu realisieren. Eine gute Infrastruktur sei wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung des Landkreises. Dies sei an der Entwicklung der Gemeinden entlang der Autobahn A 1 zu erkennen. Die Autobahn bringe zahlreiche Arbeitsplätze und sei wichtig für den Tourismus. Außerdem würden durch Autobahnen und Schnellstraßen die Fahrzeiten verkürzt, was sich auch positiv auf die Umwelt auswirke. Der Niedersächsische Ministerpräsident habe schon vor längerer Zeit auf die Bedeutung einer schnellen Realisierung der Küstenautobahn für Niedersachsen hingewiesen. Dann sei die Kehrtwende der neuen schleswig-holsteinischen Landesregierung dazwischen gekommen. In Schleswig-Holstein wäre nach seiner Ansicht eine Verzögerung noch zu verschmerzen. Für Niedersachsen sei dies dagegen verheerend. Ohne eine Planungssicherheit in Schleswig-Holstein wäre eine Weiterführung der Autobahn in Niedersachsen nicht möglich. Er beantrage, den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zu verweisen.

Abg. G. Oetjen vertritt die Ansicht, es müssten auch die Interessen der vom Bau der Küstenautobahn betroffenen Bürger berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang spricht er von Landraub bei einigen Grundstückseigentümern. Er erkenne durchaus das Interesse der Stadt Bremervörde an der Notwendigkeit einer Ortsumgehung an. Nach seiner Auffassung wäre die Küstenautobahn für den Norden entbehrlich, wenn bereits vorhandene Routen ertüchtigt würden. Am Beispiel der Autobahn A 20 in Mecklenburg-Vorpommern stellt er dar, dass ein Autobahnbau nicht unbedingt dauerhafte Vollzeit Arbeitsplätze schaffen würde. Die Autobahn A 1 gebe es bereits seit mehr als 70 Jahren, so dass die Entwicklung dort nicht sofort auf eine neu gebaute Autobahn übertragen werden könne. Auch die demografische Entwicklung sei zu berücksichtigen. Der Raum Bremervörde würde zwar von der Küstenautobahn profitieren, aber nicht in dem prognostizierten Maße. Da der Kreistag jetzt kurz vor dem Landtagswahltermin eine solche Resolution beschließe, halte er deshalb für nicht so bedeutsam.

Abg. J.-C. Oetjen weist darauf hin, dass die Autobahn A 1 als Transitstrecke für die Ansiedlung von Betrieben interessant sei. Es würde naturgemäß Zeit brauchen, bis sich Betriebe entlang der Autobahn ansiedeln würden. Neben Schulen, Kindergärten usw. gehöre auch eine gute verkehrliche Infrastruktur zu den wichtigen Standortfaktoren für die Region. Deswegen sei die Küstenautobahn eine gute Sache für den Landkreis.

Kreistagsvorsitzender Helberg stellt den Antrag des Abg. H.-G. Bargfrede auf Verweisung des Antrages an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 04.09.2012 zum Bau der Küstenautobahn wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11 der Tagesordnung: **Antrag des Abg. Dr. Damberg vom 08.09.2012: "Kreistags-Resolution über den weiteren Umgang mit den Fracking-Verfahren im Landkreis Rotenburg (Wümme)"
Vorlage: 2011-16/0274**

Abg. Dr. Damberg trägt zur Begründung seines Antrages zunächst den von ihm vorgeschlagenen Text für eine Kreistags-Resolution vor. In der Zwischenzeit sei bereits wieder sehr viel passiert. Nach seiner Kenntnis seien in Sottrum 20.000 LKW-Ladungen mit belastetem Wasser in einer Bohrstelle verpresst worden. Dies dürfe nicht weiter zugelassen werden. Der Kreistag müsse die Verwaltung dazu anleiten, tätig zu werden und die Problematik jetzt anzugehen. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) solle sich ebenso wie Kommunen in anderen Regionen gegen die Zulassung von Fracking aussprechen. Die vom Fracking-Verfahren ausgehende Bedrohung für das Trinkwasser und die akute Gefährdung der Gesundheit der Bürger im Landkreis dürften nicht hingenommen werden.

Abg. R. Borngräber meint, Fracking sei gefährlich und der Abg. Dr. Damberg würde mit seinem Antrag im Kreistag „offene Türen einrennen“. Zu dem vom Landrat in der heutigen Sitzung berichteten Sachverhalt über einen beantragten Frac durch die Firma ExxonMobil sei es bemerkenswert, dass das LBEG hierzu Nachforderungen gestellt habe. Bei vorherigen Verfahren sei dies nicht so gewesen. Er könne sich vorstellen, über diesen Antrag im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Planung sehr tiefgehend zu diskutieren. Er erwarte auch Stellungnahmen des Wasserversorgungsverbandes und der Unteren Wasserbehörde. Es wäre interessant zu erfahren, wie umfassend die Wasserbehörde in den vergangenen Jahren über Fracking-Maßnahmen informiert gewesen sei. Die Ausschusssitzung solle zügig stattfinden. Im Hinblick auf das laufende Genehmigungsverfahren für die Fracking-Maßnahme möglichst noch im Monat Oktober.

Abg. Twesten erklärt, durch das Gutachten des Umweltbundesamtes würden die Bedenken der Fracking-Gegner wie auch die Ansicht ihrer Fraktion bestätigt. Fracking sei eine mit erheblichen Umweltrisiken verbundene Hochrisikotechnologie. Der Landkreis solle sich den bereits von einigen Städten und Gemeinden verabschiedeten Resolutionen gegen das Fracking anschließen. Forderungen nach einem bundesweiten Moratorium und einer Anpassung der gesetzlichen Vorschriften seien gerechtfertigt. Es müssten wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse über die Risiken und Folgen von Fracking-Maßnahmen vorgelegt werden. Der Kreistag habe sich bereits im Dezember 2011 für eine Aussetzung von Fracking-

Maßnahmen ausgesprochen. Es gelte, dies jetzt umzusetzen, damit diese unsinnige Technik nicht weiter um sich greife.

Abg. Dr. Hornhardt weist darauf hin, dass der Spielraum der rechtlichen Möglichkeiten des Landkreises in dieser Angelegenheit sehr begrenzt sei. Der Landkreis könne Fracking-Maßnahmen nicht verbieten ohne das Risiko einzugehen, von den Unternehmen verklagt zu werden. Der Antrag solle zunächst im Fachausschuss beraten werden. Nach den Feststellungen im Gutachten des Umweltbundesamtes müsse man nun darauf warten, dass die gesetzlichen Regelungen geändert würden, damit der Landkreis die Möglichkeit zum Handeln erhalte.

Abg. Dr. Damberg meint, sollte der Kreistag eine solche Resolution gegen Fracking-Maßnahmen beschließen, würde es nach seiner Erfahrung kein Unternehmen wagen, hiergegen gerichtlich vorzugehen. Er weist nochmals auf die Gefährdung des Grundwassers in der „Rotenburger Rinne“ durch das Fracking hin. Das Grundwasser könne nicht wieder gereinigt werden.

Landrat Luttmann verweist auf den Zuständigkeitskatalog der Fachausschüsse nach § 23 der Geschäftsordnung des Kreistages. Danach liege die Beratungszuständigkeit für Gewässer- und Bodenschutz beim Ausschuss für Hoch- und Tiefbau.

Abg. Kullik erklärt, die Thematik sei bisher im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Planung beraten worden. Er schlage vor, zu diesem Antrag beide Ausschüsse gemeinsam beraten zu lassen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die nächste Sitzung des Umweltausschusses erst für November terminiert sei.

Abg. Dorsch beantragt die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Hoch- und Tiefbau. Zu der Beratung über den Antrag des Abg. Dr. Damberg sollten auch die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung eingeladen werden.

Beschluss:

Der Antrag des Abg. Dr. Damberg vom 08.09.2012 zu einer Kreistags-Resolution über den weiteren Umgang mit den Fracking-Verfahren im Landkreis Rotenburg (Wümme) wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Hoch- und Tiefbau verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 12 der Tagesordnung: **Personelle Umbesetzung des Kreisausschusses**
Vorlage: 2011-16/0273

Beschluss:

Die personelle Besetzung des Kreisausschusses wird wie folgt neu festgestellt:

Stellvertretendes Mitglied für die Abg. Twesten, Scheeßel Abg. Thiart, Horstedt

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Landrat Luttmann weist auf die schriftliche Anfrage der CDU/FDP-Gruppe des Kreistages vom 31.08.2012 zum Stand der Umsetzung des Kita-Einrichtungsbedarfsplanes hin, die den Abgeordneten zusammen mit der Antwort der Verwaltung auf den Tisch gelegt worden sei.

Abg. van Beek fragt, ob der Kreisverwaltung bekannt sei, dass der Unterricht am St.-Viti-Gymnasium aufgrund von Problemen bei der Schülerbeförderung zur Zeit nicht erlasskonform stattfinden könne.

Erster Kreisrat Dr. Lühring antwortet, dies sei bisher nicht bekannt. Zu Beginn eines jeden Schuljahres werde eine gewisse Einpendelzeit benötigt, bis die Stundenpläne endgültig feststehen würden und sich die Schülerbeförderung eingespielt habe. Die Busunternehmen würden bei Problemen sehr flexibel reagieren können. Die Angelegenheit werde geklärt.

Abg. Gajdzik spricht die Parkplatzsituation beim Kreishaus Bremervörde an und fragt, ob die Entscheidung des Ausschusses für Hoch- und Tiefbau hierzu überdacht werden müsse. Die Kunden und die Beschäftigten der Kreisverwaltung seien enttäuscht über diese Entscheidung. Der Landkreis komme seiner Vorbildfunktion nicht nach, die vorhandenen Parkplätze seien nicht ausreichend. Er fragt, ob eine Durchführung der im Bauausschuss vorgeschlagenen Maßnahme vor dem Hintergrund der anstehenden Sanierungsmaßnahmen am Kreishaus Sinn machen würde. Er möchte wissen, ob die Verkehrsicherungspflicht eingehalten werde, ob es Alternativvorschläge von Seiten der Mehrheitsgruppe gebe und was die Personalvertretung unternehme, um den Mitarbeitern Unterstützung zu geben.

Landrat Luttmann antwortet, die von der Verwaltung im Ausschuss für Hoch- und Tiefbau vorgeschlagene Maßnahme werde für sinnvoll erachtet. Durch die Ablehnung sei aber noch kein Zustand erreicht, der ihn verpflichte, gegen einen rechtswidrigen Beschluss Einspruch einzulegen. Er erwarte Alternativvorschläge aus den Reihen der Politik. Der Personalrat sei in dieser Angelegenheit bereits mehrfach an die Verwaltung herangetreten. Bei der Entscheidungsfindung werde die Personalvertretung eingebunden.

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

Kreistagsvorsitzender Helberg beendet den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung. Eine danach vorgebrachte Meldung zu einer Einwohnerfrage lässt der **Kreistagsvorsitzende** nicht mehr zu.

Die Zuhörer und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

Kreistagsvorsitzender

Landrat

Protokollführer